

Finanzausschuss
Wortprotokoll
58. Sitzung

Berlin, den 05.05.2004, 13:00 Uhr
Sitzungsort: Berlin, Paul-Löbe-Haus

Sitzungssaal: E 400

Vorsitz: Christine Scheel, MdB

Öffentliche Sitzung
zum

Frühjahrgutachten 2004 der Gemeinschaftsdiagnose:
„Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Frühjahr 2004“ mit
geladenen Gästen der Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher
Forschungsinstitute e.V., Hamburg^{*)}

^{*)} Das Frühjahrgutachten 2004 ist diesem Protokoll als Anlage beigefügt.

Beginn: 14.20 Uhr

Vorsitzende Christine Scheel: Sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen, verehrte Gäste. Wir sind zeitlich in Verzug, und ich möchte darum bitten, die Tür zu schließen. Wir haben heute die Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschafts-wissenschaftlicher Forschungsinstitute anlässlich des Frühjahrsgutachtens eingeladen. Ich freue mich, dass Sie zu uns gekommen sind, und möchte Sie herzlich willkommen heißen. Ich gehe davon aus, dass wir direkt in die Diskussion einsteigen können. Da alle das Gutachten gelesen haben, macht es Sinn, dass die Kolleginnen und Kollegen direkt Fragen stellen und man nicht zunächst das Gutachten vorstellt. Ich glaube, es ist in unser aller Sinne, wenn wir in komprimierter Form diskutieren und das eine oder andere besser vertiefen können. Wir haben soeben vereinbart, von der gängigen Reihenfolge, nach der die Kolleginnen und Kollegen von der SPD anfangen, abzuweichen. Wir haben ausnahmsweise heute getauscht. Deswegen bitte ich Herr Dr. Meister, das Wort als Erster zu ergreifen.

Dr. Michael Meister (CDU/CSU): Ich habe um 14.30 Uhr ein Gespräch, was ich leider nicht verschieben kann - deshalb meine Bitte. Ich bin dankbar, dass wir mit den Sachverständigen, die das Gutachten erarbeitet haben, heute im Finanzausschuss sprechen können. Es findet sich im Frühjahrsgutachten zum Thema Finanzpolitik die schöne Formulierung, die Finanzpolitik stehe vor der Aufgabe, die öffentlichen Haushalte zu konsolidieren. Dann wird auch ein Volumen in Höhe von 12 Mrd. Euro angesprochen, das als Konsolidierungsvolumen benannt wird. Wenn ich das Gutachten richtig verstehe, war das in Ihrem Kreis nicht einhellig. Es gab unter den Gutachtern an dieser Stelle durchaus unterschiedliche Auffassungen. Es ist nicht erkennbar, welchen Weg die Bundesregierung hier einschlagen will: Ob sie den Weg einer Konsolidierungspolitik oder ob sie den Weg einschlagen will, stärker in den Bereich der Verschuldung hineinzugehen. Deshalb wäre es interessant, wenn jeweils ein Vertreter der beiden Philosophien, die in dem Gutachten zum Ausdruck gebracht werden, die Argumente für und wider darstellen würde. Für die Unionsfraktion darf ich sagen, dass wir ein sehr starkes Interesse daran haben, eine Politik zu betreiben, die in die Richtung geht, Maastricht konsequent einzuhalten. In dem Gutachten wird auch angedeutet, dass wir nicht nur 2002 und 2003 die 3-Prozent-Linie überschritten haben, sondern dass dies auch für 2004 und möglicherweise sogar 2005 droht. Deshalb ist die Frage anzuschließen: Welche Maßnahmen können Sie uns empfehlen, damit man tatsächlich wieder auf den Korridor zurückkommt, den Maastricht-Vertrag konsequent einzuhalten und längerfristig zu sichern und man nicht eine Debatte darüber zu beginnen, wie Maastricht und damit auch ein Stück weit das Fundament unserer Währung aufgeweicht wird? Die Diskussion wird möglicherweise in der Zukunft mit Blick auf den Beitritt neuer Mitgliedstaaten zur Europäischen Union und dem Verlangen, dass sie auch Mitglieder der

Euro-Gemeinschaft werden, in Zukunft nicht leichter als heute. Deshalb auch zu diesem zweiten Thema aus Ihrer Seite eine Stellungnahme bitte.

Vorsitzende Christine Scheel: In gewisser Weise können Sie sich aussuchen, wer anfängt. Herr Prof. Scheide, bitte.

Sv Prof. Dr. Scheide (IfW): Unsere Prognose ist zunächst einmal, dass das Defizit in diesem Jahr in der Nähe von 3,5 %, im kommenden Jahr genau bei 3,5 % liegt. Das ist die gemeinsame Prognose aller Institute. Auch kommen die Institute gemeinsam zu dem Schluss, dass - wollte man tatsächlich das Defizitkriterium im kommenden Jahr einhalten und 3,0 % nicht zu überschreiten - ein Sparprogramm mit einem Gesamtvolumen von 12 Mrd. Euro notwendig wäre. Geteilter Meinung sind wir darüber, ob es sinnvoll ist oder nicht. Da ich hier die eine Position darstellen soll, möchte ich mich darauf konzentrieren zu sagen, dass die Mehrheit der Institute meint, dass der Stabilitätspakt eingehalten werden sollte. Wir haben Verstöße gesehen und wir halten es nicht für sinnvoll, das zu wiederholen. Nach unserer Meinung kann auch nicht das Argument gebracht werden, die Konjunktur sei schwach. Wir haben - zugegeben - eine lange Stagnationsphase gehabt. Aber man kann in der beginnenden Erholung, die alle prognostizieren, nicht mehr sagen, dass die Konjunktur noch gestützt werden muss. Dieses Argument zählt nach unserer Meinung nicht mehr. Das Kriterium sollte auf jeden Fall eingehalten werden. Wir müssen es auch auf die mittlere Sicht sehen: Eigentlich wollen wir durch den Stabilitätspakt einen ausgeglichenen Haushalt erreichen. Im Moment dreht sich die Debatte nur um die 3-Prozent-Marke; über etwas anderes reden wir gar nicht. Der Kern des Stabilitätspakts sagt aber gerade, wir sollen einen ausgeglichenen Haushalt haben. Davon sind wir sehr weit entfernt. Wenn wir nicht in dieser Erholungsphase, die zugegebenermaßen sehr schwach ist, konsolidieren, dann müssen wir in der nächsten Schwächeperiode, die auf jeden Fall wieder kommt, von einem sehr hohen Sockel das Defizit starten und die Debatte von vorne beginnen. Man sagt, man gerate in eine konjunkturelle Schwächeperiode und könne eigentlich nicht die Haushalte konsolidieren. Wir müssen es noch mal verschieben. Doch dann wird man von einem höheren Sockel des Defizits starten und dann noch höhere Defizitquoten erreichen. Deshalb die klare Meinung der Mehrheit: Man soll jetzt auf jeden Fall verschärft konsolidieren und auch das Defizitziel, also den ausgeglichenen Haushalt nicht auf das Jahr 2008 oder sonst wo verschieben.

Vorsitzende Christine Scheel: Herr Dr. Horn, bitte.

Sv Dr. Horn (DIW Berlin): Es besteht Einigkeit darüber, dass eine Politik der Haushaltskonsolidierung fortgesetzt werden muss. Wir können nicht auf ewig mit Defiziten von 3 % plus Finanzpolitik betreiben. Dadurch würden die Spielräume der Finanzpolitik auf Dauer zu stark eingeengt. Insofern muss man von diesen Defiziten wegkommen. Strittig ist die Frage, auf welchem Weg. Hier gehen die Meinungen sehr weit auseinander. Zwei Institute, das IWH

und das DIW, sind der Meinung, dass die Orientierung an jährlichen Defiziten und die Fixierung auf 3 % letztlich disfunktional ist. Indem man auch bei nur schwacher Konjunktur - und die Konjunktur wird in diesem und im nächsten Jahr schwach sein - zusätzliche Sparpakete zu dem ohnehin angelegten Sparkurs macht - denn die Finanzpolitik ist nach wie vor restriktiv ausgerichtet -, würde man die Konjunktur weiter belasten und damit die schwache Lage und die Malaise der öffentlichen Finanzen sogar verlängern. Denn mit schwacher Konjunktur wird sich auch die Einnahmesituation des Staates nicht wesentlich bessern. Die Ausgabenlage bleibt schlecht, weil die konjunkturbedingten Ausgaben weiterhin hoch sein werden. Dass dies so ist, hat sich in den vergangenen Jahren überdeutlich gezeigt. Weil die konjunkturelle Schwäche so lange anhielt, konnten die Staatsfinanzen nicht in Ordnung kommen. Weil der Staat auf konjunkturelle Schwäche teilweise mit zusätzlichen Sparprogrammen reagiert hat, wurde diese konjunkturelle Schwäche verlängert. Die zwei Minderheitsinstitute schlagen einen anderen Weg zur Konsolidierung vor. Das ist der über einen vorgegebenen Ausgabenpfad. Das ist auch das Instrument, für das man eine Regierung verantwortlich machen kann, da nun einmal im Haushalt beschlossen wird, wie viel ausgegeben werden soll. Wenn man den Ausgabenpfad so anlegt, dass mittelfristig ein Haushaltsausgleich herbeigeführt werden kann, wird die Konjunktur nicht zusätzlich geschwächt, wenn aufgrund konjunktureller Schwächephasen die Einnahmen wegbrechen. Gleichzeitig wird - das ist der große Vorteil gegenüber dem Stabilitätspakt in seiner bisherigen Form - auch eine Bremse für Ausgabenwünsche bei guter Konjunktur eingezogen. Dazu ist der Stabilitätspakt im Moment relativ ruhig. Was passiert eigentlich, wenn die Konjunktur gut ist und die Einnahmen fließen? Dann erfüllen sie ihre Defizitziele relativ leicht. Aber ist das dann wirklich schon Konsolidierung? Wenn man einen Ausgabenpfad einzieht, den man einhält und wofür man eine Regierung verantwortlich machen kann, dass er eingehalten wird, werden bei guter Konjunktur die zusätzlichen Einnahmen dafür verwendet werden, dass Konsolidierung tatsächlich geschieht. Insofern empfiehlt die Minderheit der Institute eine Abkehr vom bisherigen Pfad der Konsolidierung, der sich als nicht brauchbar erwiesen hat, nicht nur in Deutschland im Übrigen, sondern auch in Frankreich, Italien und Portugal und den Niederlanden hin zu einer Orientierung an Ausgabenpfaden, die in den USA ihren Härtestest schon bestanden hat.

Vorsitzende Christine Scheel: Danke schön. Herr Spiller, bitte.

Jörg-Otto Spiller (SPD): In dem Teil des Gutachtens, den alle gemeinsam tragen, steht der bemerkenswerte Satz „In der Finanzpolitik in Deutschland ist derzeit kein klares Konzept zu erkennen.“ Da wage ich einmal die Gegenfrage: Hat denn die deutsche Makroökonomie, soweit sie sich in den anerkannten führenden wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstituten niederschlägt, die uns ihr gemeinsamen Gutachten vorlegen, ein klares Konzept, das sie uns anbieten kann?

Vorsitzende Christine Scheel: Das war jetzt eine deutliche Aussage. Ich gehe jetzt von rechts nach links durch, weil Sie, Herr Dr. Horn, gerade vorgetragen haben und am Ende wieder dran kommen. Ich bitten um Signale, wer etwas dazu sagen will. Herr Prof. Flaig, bitte.

Sv Prof. Dr. Flaig (ifo): Die Zunft der Makroökonomien ist sich auch nicht in allem einig. Das ist ganz klar. Wir haben unterschiedliche Positionen. Wir verlangen auch nicht, dass alle Politiker dieselbe Meinung, ein einheitliches Konzept haben. Aber zumindest eine Richtung sollte die Regierung haben. Wenn man in der Zeitung liest oder mit dem Menschen spricht, die Zeitung lesen, und die Regierung erklärt, wir achten den Stabilitätspakt und dann gleichzeitig sagt, vier Jahre lang wollen wir ihn nicht einhalten, dann ist das im allgemeinen Empfinden ein Widerspruch und keine klare Position. Das geht durch in viele Detailbereiche der Wirtschafts- und Finanzpolitik. Das ist zumindest in meinen Augen nun einmal der grundsätzliche Widerspruch. Da ist keine klare Position der Regierung oder der Regierungsfractionen vorhanden. Man kann dann nicht sagen, die Ökonomen selber sind sich auch nicht einig. Das ist nicht das richtige Argument.

Vorsitzende Christine Scheel: Herr Dr. Döhrn, bitte. Das ist jetzt keine Rangfolge, nicht dass es zu Missverständnissen kommt.

Sv Dr. Döhrn (RWI): Wenn Sie in die Gemeinschaftsdiagnosen der letzten Jahre hineinsehen, dann finden Sie eine ganze Reihe von Forderungen, die wir gemeinsam unterschreiben haben und wo mir wenige Leute einfallen würden, die dem widersprechen müssen. Eine Konsolidierung heißt, nicht nur den Haushalt irgendwie in Ausgleich bringen, sondern Konsolidierung heißt auch, dass man die Struktur des Haushalts wachstumsfreundlich gestaltet. Wir müssten - das ist eine klare Forderung an die Politik - die Investitionen im weitesten Sinne einschließlich Ausgaben für Forschung, für Bildung etc., die auch Investitionen in Humankapital darstellen, stärken. Darüber gibt es einen breiten Konsens. Aber es ist in den vergangenen Jahren nicht richtig vorangekommen. Insbesondere die Investitionsquote im öffentlichen Haushalt, die Investitionsquote im engeren Sinne ist auf einem historischen Tief, was mit Problemen zusammenhängt, die lange bekannt sind und die auch immer wieder angesprochen wurden, sprich Gemeindefinanzierung etc. Da können Sie eine ganze Reihe Gemeinsamkeiten zwischen den Ökonomen entdecken.

Vorsitzende Christine Scheel: Herr Dr. Ludwig, bitte. Sie müssen das Mikrofon bitte anschalten.

Sv Dr. Ludwig (IWH): Kein klares Konzept - dazu ist einiges gesagt worden. Damit ist angedeutet, dass es einen Wackelkurs gibt. Da wird einmal ganz scharf auf das

Defizitkriterium geschaut und dann werden Maßnahmen beschlossen. Dann wird davon abgerückt. Es steht zwar im Mittelpunkt des Konsolidierungsprogramms, aber dann rückt man wieder davon ab, was die Erfüllung anbetrifft. Insofern würde ich sagen: „Kein klares Konzept. Die klare Linie ist nicht so zu erkennen.“ Die Frage ist aber eigentlich, in welche Richtung es gehen soll? In der Tat sind sich die Institute einig, dass es letztendlich um den Ausgleich der öffentlichen Finanzen geht. Uneinig sind wir uns wahrscheinlich, was das Zeitprofil anbetrifft und wann dieser Ausgleich hergestellt werden kann. Soll er über einen Weg hergestellt werden, wo man wie das Kaninchen auf die Schlange schaut und Jahr für Jahr alle Maßnahmen, die man trifft, daran ausrichtet, dass man die 3 % des Maastricht-Kriteriums erfüllt? Da sagen zwei Institute, dass es nicht die ideale Strategie ist, sondern es ist eine andere. Herr Horn im Einzelnen erläutert, wie diese Strategie aussehen sollte. Das wäre ein gemeinsamer Punkt eines Konzepts für die Finanzpolitik, dass man die Politik, was die Konsolidierung anbetrifft, im Wesentlichen erst einmal über die Ausgabenseite macht - das sagen wir schließlich alle -, und innerhalb der Konsolidierung die qualitative Konsolidierung, also die Umschichtung der Ausgaben zu solchen, die helfen, das Humankapital in Deutschland und die Investitionen in Infrastruktur usw. wieder stärker zu tätigen, betreibt. Das wäre der zweite Aspekt, den man im Blickfeld haben muss. Die Gemeinsamkeit besteht also schon, über die Ausgabenseite zu konsolidieren, und innerhalb der Konsolidierung, hin zu Ausgaben umzuschichten, die Deutschland die Wachstumsperspektiven in der Zukunft erschließen können. Der Unterschied ist: Soll man jedes Jahr auf 3 % kommen oder soll man das ein bisschen laufen lassen und sehen, wann die Defizitquote genügend gesenkt wird? Man lässt die Einnahmen schwanken, aber die Ausgaben werden strikt begrenzt. Das ist das Konzept.

Vorsitzende Christine Scheel: Herr Dr. Horn.

Sv Dr. Horn (DIW Berlin): Ich möchte die Frage von Herrn Spiller etwas grundsätzlicher beantworten. Muss die Gesamtheit aller Makroökonomien ein klares Konzept haben? Nein. Denn wir sind Wissenschaftler, deren Auseinandersetzung auch Treibstoff für weitere Erkenntnisse ist. Jeder von uns hat hoffentlich ein klares Konzept von dem, was er will, und setzt sich mit den Konzepten der anderen auseinander. In der Debatte und im Streit und in der empirischen Überprüfung entsteht Erkenntnisgewinn. Dieser Streit soll produktiv sein. Das Ergebnis ist nicht unbedingt, dass die Gesamtheit der Makroökonomien ein klares Konzept hat. Was Sie von außen sehen, ist Streit, ist Auseinandersetzung, ist Produktion. Die nächste rhetorische Frage ist: Muss die Regierung ein klares Konzept haben? Da lautet meine Antwort: Ja! Muss die Opposition ein klares Konzept haben? Da lautet meine Antwort auch ja, denn es ist ihre Aufgabe, aus der Pluralität der wissenschaftlichen Konzepte je nach ihrer politischen Einschätzung das auszuwählen, das sie für vernünftig hält. Diese Verantwortung liegt nicht bei uns. Bei uns liegt die Verantwortung, Konzepte anzubieten, die wissenschaftlich getestet und erhärtet sind.

Vorsitzende Christine Scheel: Herr Prof. Scheide, bitte.

Sv Prof. Dr. Scheide (IfW): Als Ergänzung. Einiges wurde schon gesagt: Dass ein ausgeglichener Haushalt ein sinnvolles wirtschaftspolitisches Ziel ist, muss man nicht erläutern. Es wird auch mit allen Begründungen Jahr für Jahr in dem Stabilitätsprogramm der Bundesregierung aufgeführt. Es ist auch unter Ökonomen unbestritten, dass ein ausgeglichener Haushalt gut ist. Wir wissen alle, welche demographischen Belastungen auf uns zukommen. Von daher muss man sagen, dass ein ausgeglichener Haushalt in normalen Konjunkturzeiten schon eine Grundvoraussetzung ist. Das Zweite - da sind sich die meisten Makroökonomien und auch alle Institute einig - wir müssen die Haushalte über die Ausgaben konsolidieren. Niemand von uns meint, dass die Abgabenbelastung in Deutschland zu niedrig sei. Derzeit erleben wir aber Tag für Tag Diskussionen darüber, die Abgaben in irgendeiner Form zu erhöhen. Das halten wir für völlig kontraproduktiv. Zu dem Konzept, das die Regierung haben müsste, müsste gehören, dass man sagt: „Wir reden ab jetzt nicht mehr über Abgabenerhöhung, sondern nur noch darüber, dass wir den Haushalt echt, sprich über die Ausgabenseite, konsolidieren.“ Manche mögen nicht akzeptieren, dass der Staatsanteil mit fast 50 % zu hoch ist. Hier kann es Unterschiede geben und ich sehe an diesem Tisch jemanden, der ein Veto einlegen würde. Unter Ökonomen ist es eindeutig, dass ein Staatsanteil in dieser Höhe viel zu hoch ist. Wir sehen aus Erfahrungen in anderen Ländern, die den Staatsanteil in den vergangenen Jahren innerhalb kürzester Zeit um bis zu zehn Punkte heruntergefahren haben - wir erwarten dies übrigens von den Beitrittsländern, dass sie enorme Anstrengungen in der Finanzpolitik unternehmen -, dass es nicht dazu führt, dass die Wirtschaft zusammenbricht. Im Gegenteil: Den Ländern geht es sehr gut.

Vorsitzende Christine Scheel: Möchte noch jemand mit Blick auf Herrn Spiller antworten? Dann lasse ich das so stehen und rufe als Nächste die Frau Kollegin Wülfing auf.

Elke Wülfing (CDU/CSU): Ich habe eine Frage an Prof. Flaig und an Prof. Scheide zum Thema ‚Exporte‘. Sie schreiben in Ihrem Gutachten, dass sich die Exporte weiter auf Expansionskurs bewegen. Ich hätte gerne von Ihnen gehört, wie sich die Gewinnmargen entwickelt haben, vor allem vor dem Hintergrund des hohen Euro-Kurses, und wie Sie es beurteilen, wie das, was als deutsches Produkt in den Export geht, hergestellt worden ist? Was ist eigentlich ein deutsches Produkt? Ich frage das vor dem Hintergrund, dass deutsche Produkte im Ausland erfolgreich sind und durchaus hohe Preise erzielt werden, in Wirklichkeit dieses deutsche Produkt ein Produkt ist, was in mehreren Ländern, zumindest nicht zu 100 % in Deutschland, hergestellt worden ist. Dahinter steht die Frage nach den Arbeitsplätzen, die auch unter deutschen Produkten ausgelagert worden sind.

Vorsitzende Christine Scheel: Herr Prof. Flaig, bitte.

Sv Prof. Dr. Flaig (ifo): Deutschland ist schon traditionell und lange Zeit im Export sehr leistungsfähig, auch technologisch zumindest noch. Es gibt einige Anzeichen, dass sich das auch einmal ändert. Die Frage ist, welcher Teil im Ausland hergestellt wird, ist einerseits richtig. Andererseits muss man davon ausgehen, dass es auch effizient ist. Das ist die Frucht der internationalen Arbeitsteilung. Es erhöht allgemein die Wohlfahrt und die Effizienz der internationalen Arbeitsteilung. Aber es gibt natürlich eine spezielle Frage für Deutschland und auch teilweise für andere Länder: In welchem Maße und in welchem Tempo geht diese internationale Arbeitsteilung voran? Es gibt einige Anzeichen, dass vor allem in den letzten zehn Jahren nach Öffnung der Märkte in den osteuropäischen Reformländern der Anteil der importierten Vorprodukte dramatisch gestiegen ist. Das ist bis zu einem bestimmten Punkt normal und gut, aber die Gefahr ist, dass Deutschland nicht in der Lage ist, den damit implizierten Strukturwandel effizient zu bewältigen. Es wird Güter geben, die nicht mehr hier hergestellt werden, sondern im Ausland, und die dann importiert werden. Das Problem ist, wenn wir die Arbeitskräfte, die dieses Gut bisher hier hergestellt haben, nicht in die Arbeitslosigkeit entlassen wollen, wie wir erreichen können, dass diese Arbeitskräfte, die zum Teil niedrig qualifizierte Arbeitskräfte sind, in Deutschland wieder einen Job bekommen. Da sieht es nicht gut aus. Die Exporterfolge, dürfen über das Problem nicht hinwegtäuschen, dass wir eine Arbeitsmarktpolitik betreiben müssen, die zunächst das Tempo dieser Freisetzung abschwächt. Man kann das nicht ganz verhindern, aber abschwächen. Zum anderen kann man dann dafür sorgen, dass neue Arbeitsplätze entstehen. Da liegt das Problem der Politik.

Vorsitzende Christine Scheel: Herr Prof. Scheide.

Sv Prof. Dr. Scheide (IfW): Ich kann dazu nicht viel ergänzen, weil Herr Flaig alles gesagt hat. Ich komme vom Institut für Weltwirtschaft. Da interessiert mich sowieso nicht, ob ein Produkt deutsch oder amerikanisch oder türkisch ist. Das ist zweitrangig. Wir leben im Zeitalter der Globalisierung. Niemand kann das abschalten und niemand will das abschalten. Zu den Gewinnmargen ist zu sagen, dass durch die Euro-Aufwertung die Gewinnmargen der Exportindustrie geschrumpft sind. Es ist das wieder „korrigiert“ worden, was wir vorher an wohltuenden Effekten durch die Abwertung hatten. Wir sind jetzt wieder bei einem Euro-Kurs, den wir ungefähr zu Beginn der Währungsunion hatten. Der warme Regen ist eingestellt worden.

Vorsitzende Christine Scheel: Herr Hilsberg, bitte.

Stephan Hilsberg (SPD): Ich habe zwei Fragen, die sich mit einer Debatte beschäftigen, die wir jetzt sehr intensiv geführt haben, die aber nur zum Teil bei Ihnen reflektiert ist. In Ihrem Gutachten diskutieren Sie die strukturellen Probleme und Hintergründe der

Wachstumsschwäche, in der wir uns befinden, und wie man herauskommt. Nur am Rande analysieren Sie die Folgen des sehr großen Transfers, der über die Lohnnebenkosten in den neuen Bundesländern geschieht. 80, 90 Mrd. Euro, etwa 4 % des Bruttosozialprodukts. Sie gehen darauf ein, aber nur am Rande unter dem Thema „Ostdeutschland“. Sie machen aber keine volkswirtschaftliche Analyse der Folgen dieses immens großen Betrages. Es lässt sich statistisch nachweisen, seitdem dieser Betrag fließt, hat beispielsweise die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit Deutschlands abgenommen. Es würde mich interessieren, wie Sie das vor dem Hintergrund der These bewerten, diese umfangreichen Transfers von 3 bis 4 % des Bruttosozialprodukts, die größer sind als das durchschnittliche Wachstum, seien einer der Gründe, weshalb zu wenig für Investition und Innovation zur Verfügung steht. Dann gibt es noch einen anderen Punkt. Ich drücke das einmal etwas polemisch aus: Ich bin ja ein lernfähiger Mensch. Man sucht nach Anregung, wo man sie kriegen kann. Da geht es auch um die Frage, was man beispielsweise in der ostdeutschen Strategie anders machen kann. Da wird die Frage diskutiert, ob man die Effizienz des Einsatzes der Fördermittel steigern kann? Kann man das besser machen als das bisher der Fall ist? An einer Stelle des Gutachtens wird gesagt, es werde gefordert, „die Aufbaupolitik auf jene Regionen und Wirtschaftszweige zu konzentrieren, in denen die Wachstumspotentiale hoch sind.“ Dann sagen Sie im nächsten Satz: „Dies herauszufinden, ist jedoch für den Staat schwierig und auch nicht seine Aufgabe.“ - ganz klare Ansage: sollten wir lieber sein lassen. Aber zwei Sätze später kommt dann der Satz: „Wenn der Staat dennoch im Osten selektiv vorgehen wollte, könnte er seine Politik auf Wachstumskerne ausrichten.“ Jetzt sagen Sie mir mal, wo der Unterschied ist. Das möchte ich gerne wissen.

Vorsitzende Christine Scheel: Herr Hilsberg, wer soll antworten?

Stefan Hilsberg (SPD): Herr Dr. Horn wäre mit Sicherheit ein guter Ansprechpartner.

Vorsitzende Christine Scheel: Herr Dr. Ludwig scheint auch nicht abgeneigt.

Sv Dr. Ludwig (IWH): Abgeneigt bin ich nicht, möchte aber vorausschicken, Ihre erste Frage war nicht Gegenstand der Gemeinschaftsdiagnose. Die makroökonomischen Folgen abzuschätzen, die sich aus dem Fluss der Transfers von West nach Ost ergeben, war nicht Gegenstand, aber es gibt Studien, in denen das versucht worden ist. Richtig ist auf jeden Fall, dass man das Geld aufbringen muss, und insofern ist es eine Belastung für die Unternehmen und auch für die privaten Haushalte in Westdeutschland, aber auch in Ostdeutschland, weil Teile z.B. der Solidarbeitrag auch im Osten erhoben werden. Daraus wird manchmal der Schluss gezogen, wenn wir diese Transfers einfach streichen würden, wäre das im Prinzip zum Nutzen für die deutsche Volkswirtschaft. Da gebe ich an dieser Stelle zu bedenken - das ist aber ein bisschen schon Spekulation -, wenn Sie die Transfers, die von West nach Ost fließen, streichen würden, würde im Osten ein Teil der Nachfrage

wegbrechen, der sozusagen wird über diese Transfers finanziert. Ich denke an die ganze Nachfrage, die z.B. über die sozialen Sicherungssysteme läuft. Da ist es sichtbar und am einleuchtendsten. Das hätte im Prinzip wieder eine Konsequenz für die Leistung der westdeutschen Wirtschaft. Vergessen Sie nicht, dass ein Großteil der Produkte, der im Osten verkauft wird, immer noch aus Westdeutschland kommt. Es gibt einen riesigen Importüberschuss in Ostdeutschland. Dieser wird im Wesentlichen getragen von Produkten, die im früheren Bundesgebiet hergestellt werden. Also ganz einfach ist es mit dieser Abschätzung der makroökonomischen Folgen nicht. Man muss in verschiedene Richtungen an dieser Stelle denken. Die zweite Frage ...

Vorsitzende Christine Scheel: Herr Hilsberg, ich möchte Ihnen die Gelegenheit geben, dies zu konkretisieren, weil ich das Gefühl habe, dass da etwas aneinander vorbeiging. Bitte.

Stephan Hilsberg (SPD): Sie haben das in dem Gutachten erwähnt, wobei das ein sehr lockerer Zusammenhang ist, den Sie schildern. Mir geht es darum: Da sind 4 %, die unmittelbar in den Konsum gehen, weil es über die Sozialsysteme sozusagen verfrühstückt wird. Wir kommen aus diesen Zahlungen nicht heraus. Es ist sozusagen eine hypothetische Diskussion zu sagen, man könnte das verhindern oder abschalten. Das geht nicht. Wir werden auf die nächsten 15, 20 Jahre immer noch einen spürbaren Transfer an dieser Stelle haben, selbst wenn er etwas geringer werden wird. Mir geht es um die volkswirtschaftlichen Wirkungen dieser Frage. Dass das die Kaufkraft senkt usw., ist gar keine Frage. Aber das, was an Kaufkraft im Osten davon übrig bleibt, ist sehr viel weniger, als das, was an leistungsmindernder Wirkung bleibt. Oder gehe ich hier fehl in der Annahme, dass dies ein Punkt ist, der in der Tat zu einer Belastung der volkswirtschaftlichen Potentiale beiträgt?

Vorsitzende Christine Scheel: Herr Dr. Döhrn, wollen Sie darauf eingehen?

Sv Dr. Döhrn (RWI): Das Problem ist nicht so sehr, dass Transfers geleistet werden. Ich habe im Übrigen in dem Zusammenhang den Begriff „Transfers“ nicht so gerne, weil niemand die Transfers von Baden-Württemberg ins Saarland oder nach Nordrhein-Westfalen ausrechnet. Es geht um die Frage, und daher rühren auch die volkswirtschaftlichen Probleme, wie diese Gelder aufgebracht werden. Da ist Anfang der 90er Jahre der Fehler passiert, dass diese Gelder im Wesentlichen über Sozialsysteme aufgebracht werden. Das heißt, sie werden dem Faktor Arbeit aufgeladen, der dadurch teurer wird, der dadurch die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands international beeinträchtigt. Von daher hat es also auf der Aufbringungsseite negative Wachstumswirkungen. Auf der anderen Seite hat es zweifelsohne Konsumwirkungen, nur die Gesamtbilanz dürfte in der Tat negativ sein. Ein System, das stärker auf eine Konsumbesteuerung hinausgelaufen wäre, wäre zumindest was die Nachfragewirkungen und die Produktionswirkungen angeht, insgesamt neutraler gewesen.

Vorsitzende Christine Scheel: Herr Dr. Ludwig noch zum zweiten Teil?

Sv Dr. Ludwig (IWH): Ich wollte noch einmal hierzu... Sie meinen die zweite Frage - die Förderpolitik?

Vorsitzende Christine Scheel: Ja.

Sv Dr. Ludwig (IWH): Schade, denn ich ...

Vorsitzende Christine Scheel: Sie können aber auch gern zur ersten etwas sagen.

Sv Dr. Ludwig (IWH): Ich würde gern zur die Bildung eines Saldos etwas sagen: Da muss man vorsichtig sein. Sie haben ihn schon ins Negative geschlagen. Sie müssen von den 80 Mrd. Transfers, zunächst den Teil wegnehmen, der in die sozialen Sicherungssysteme hineingeht. Nehmen wir die Rentenversicherung usw., was konsumtiv verfrühstückt wird und was für das Wachstum im Grunde genommen weg ist. Aber wenn Sie die Frage stellen, inwieweit das hilft, die Wirtschaft im Osten zu unterstützen und makroökonomische Effekte berechnen, dann dürfen Sie nur eine Teilmenge dieser 80 Mrd. betrachten, und das sind etwa 30 Mrd. Nur dem müssen Sie faktisch gegen rechnen, was an Wachstum erzeugt worden ist. Das wäre die Überleitung für den zweiten Teil der Frage. Aber ich sehe noch Wortmeldungen.

Vorsitzende Christine Scheel: Sie sind dran, und so lang Sie dran sind, sind Sie dran.

Sv Dr. Ludwig (IWH): Was den zweiten Teil Ihrer Frage, Herr Hilsberg, anbetrifft: Wir haben an der Stelle eine Diskussion aufgegriffen, die durch eine Beratergruppe bei einem Minister - ich weiß nicht mehr genau bei welchem - hochgekommen ist. Man muss die Frage immer wieder neu stellen, was denn der bessere Weg ist, um die ostdeutsche Wirtschaft zum Laufen zu bringen, um die Konvergenz wieder herzustellen und den Abstand zu verringern. Da gibt es ganz unterschiedliche Vorstellungen, wie man das machen könnte. In der Stelle des Gutachtens, die Sie angesprochen haben, ist zunächst das Grundkonzept dargelegt. Wir haben knapper gewordene öffentliche Mittel. Wir wollen die knapper gewordenen öffentlichen Mittel aber nicht mehr mit der Gießkanne über das ganze Land ausgießen. Die Frage entsteht dann, wenn man auf bestimmte Teile konzentrieren könnte, würde das Wachstum in den neuen Ländern besser helfen, als wenn man überall hingehet und überall ein paar Euro verstreut. Diese Diskussion wird aufgegriffen und aber nicht so beantwortet, wie es diese Arbeitsgruppe getan hat. Bei der Arbeitsgruppe läuft die Empfehlung ganz deutlich auf eine Benennung von fünf, sechs oder mehr sog. Wachstumskern oder Wachstumsregion hinaus, wo man das Geld hineinfließen lassen sollte. Das ist der erste

Satz, den Sie zitiert haben. Aber im abschließenden Satz steht: Wenn man schon Gelder hat, die zur Förderung eingesetzt werden sollten, dann muss man abgrenzen. Man muss dann auf diese Wachstumskerne gucken, aber trotzdem die Entscheidung darüber, welches Unternehmen gefördert wird, welche Stadt gefördert wird usw., kann letztendlich nicht der Staat und schon gar nicht der Zentralstaat erledigen, sondern es ist letztendlich eine Entscheidung der Unternehmen. Sie bleibt in der Verantwortung der Unternehmen. Sie haben das unternehmerische Risiko dort zu tragen.

Vorsitzende Christine Scheel: Herr Dr. Wohlers, bitte.

Sv Dr. Wohlers (HWWA): Ich wehre mich etwas dagegen, das Transferproblem auf ein Ost-West-Problem zu reduzieren. Es ist ein gesamtdeutsches Problem. Wir haben früher schon das Problem gehabt, dass eine Region hinter einer andere herhinkt und wir Transfers zahlen mussten. Aber es hat sich keiner aufgeregt, dass Bayern an Schleswig-Holstein Transfers zahlen musste oder umgekehrt früher Bayern Transfer erhielt. Es ist generell ein gesamtdeutsches Problem, und mit Transfers alimentiert man quasi sozusagen bestimmte andere Probleme. Man müsste die Probleme direkt angehen.

Vorsitzende Christine Scheel: Herr Dr. Horn hatte sich noch gemeldet, und dann kommt die nächste Kollegin.

Sv Dr. Horn (DIW): Zunächst noch zur Finanzierung der Transfers über die Sozialversicherung. Auch wenn man berücksichtigt, dass mittlerweile schon Teile steuerfinanziert sind, gibt es immer noch das ordnungspolitische Problem, dass allgemeine Aufgaben wie die Finanzierung der Einheit teilweise dem Sozialsystem aufgebürdet sind. Ich sehe das insbesondere bei der Rentenversicherung. Dies wird in der politischen Debatte häufig als Argument für das Nichtfunktionieren der Rentenversicherung herangezogen. Das ist auch ein ganz großer Fehler. Die Rentenversicherung trägt noch viele Lasten der deutschen Einheit. Es wäre sehr wichtig, ordnungspolitisch eine scharfe Grenze zu ziehen, so dass diese Lasten in der Tat zu einem größeren Teil steuerfinanziert werden, als es bisher der Fall ist. Dieses Problem ist bisher ungelöst. Zur Strategie der Wirtschaftsförderung in Ostdeutschland: Es gibt verschiedene Berechnungen. Das würde wirklich im Rahmen der Gemeinschaftsdiagnose zu weit geführt haben, diese Berechnungen zu machen. Aber es gibt verschiedene Berechnungen, die bis zu fünf, sechs Punkten Beitragssenkung bei der Sozialversicherung implizieren würden. Das ist ein sehr, sehr großer Spielraum, der dort vorhanden ist.

Vorsitzende Christine Scheel: Das heißt, die Steuererhöhungen an anderer Stelle sind dann auch fünf bis sechs Prozentpunkte?

Sv Dr. Horn (DIW): Entsprechend.

Vorsitzende Christine Scheel: Mehrwertsteuer z.B. Das ist etwa eins zu eins.

Sv Dr. Horn (DIW): Das wäre von der Anreizwirkung her kompatibler, dieses Problem zu lösen. Das würde den Transferbedarf nicht negieren - der ist ja da. Es würde nur anreizkompatibler finanzieren und damit die volkswirtschaftlichen Schäden dieser Art von Finanzierung mindern. Zur generellen Strategie der Förderung: Wir haben ganz klar etwas gesagt, was ich für sehr wichtig halte. Wir wollen eine Art regionalpolitische Brille aufziehen, wenn wir fördern. Wir wollen allen Regionen Ostdeutschlands und auch Westdeutschlands gleiche Wachstumsvoraussetzungen in Bezug auf Infrastruktur, in Bezug auf Humankapitalbildung geben. Das ist das generelle Plädoyer, das sich im Ostdeutschlandteil findet, der das umschließt, was Herr Wohlers gesagt hat: Es gibt nicht nur in Ostdeutschland Probleme, sondern mittlerweile auch in der Infrastruktur in Westdeutschland. Es ist die regionalpolitische Brille, die wir gerne bei der Beurteilung des Transferbedarfs in den Regionen aufgezogen haben wollen.

Vorsitzende Christine Scheel: Herr Prof. Pinkwart, bitte.

Prof. Dr. Andreas Pinkwart (FDP): Ich wollte gerne zu dem Punkt der nachhaltigen Wachstumsschwäche fragen wollen. Es wird im Gutachten zum Ausdruck gebracht, dass man sich mit konjunkturellen Erholungsprozessen nicht nachhaltig, noch nicht einmal kurzfristig zufrieden geben kann, sondern dass viel weitreichendere Reformen struktureller Art notwendig sind. Es werden einige genannt. Ich finde allerdings, dass der Hinweis zur Investitionstätigkeit, vor allen Dingen was die Investitionen für Humankapital anbetrifft, sehr stark auf die öffentliche Hand gerichtet ist. Ich hätte mir gewünscht, wenn auch entsprechende Vorschläge gemacht worden wären, wie die Gegenfinanzierung aussieht. Es wird etwas angedeutet zum Subventionsabbau, Koch/Steinbrück, da müsste man noch weiter gehen. Ich würde mir wünschen, wenn Sie hier klar sagen, wie weit man da gehen müsste. Es klingt auch an, dass Sie mehr im Bereich der Steuerreform wollen, um die nachhaltigen Wachstumsbedingungen zu verbessern. Aber das wären Dinge, die auch auf den Unternehmenssektor gerichtet wären. Ich vermisste in Ihrer Analyse, dass Sie sich sehr stark auf die öffentlichen Investitionen und Humankapitalinvestitionen beziehen und den Privatsektor so ausblenden. Ist es nicht tatsächlich so, dass der Unternehmenssektor in den letzten Jahren am Standort Deutschland schlechtere Bedingungen vorgefunden hat und deshalb seine Investitionen in Anlagen, aber auch in Forschung und Entwicklung nicht mehr in dem Umfang entwickelt hat, wie das in früheren Jahren der Fall war, sodass die Wachstumskräfte im privaten Sektor aus sich heraus nicht mehr so stark sind, wie sie früher waren und sein müssten, um zu nachhaltig besseren Wachstumsbedingungen zu kommen. Ich wäre dankbar, wenn Herr Scheide und Herr Flaig hierzu etwas sagen könnten.

Vorsitzende Christine Scheel: Herr Prof. Scheide, bitte.

Sv Prof. Dr. Scheide (IfW): Das ist ein Kernpunkt, den Sie ansprechen. Ich muss auch dazu sagen, dass wir bei diesen Gutachten nicht immer alle Themen umfassend beantworten können. Das würde den Rahmen sprengen. Deshalb haben wir z.B. Ostdeutschland nicht so ausführlich behandelt, wie es sinnvoll wäre. Wir können oft nur Anregungen geben oder Pflöcke einschlagen, in welche Richtung wir gehen müssen. Natürlich sprechen wir primär die Wirtschaftspolitik an, wenn es darum geht, das Potentialwachstum in Deutschland anzuheben. Hier sind die öffentlichen Investitionen, die in den vergangenen Jahren zurückgefahren wurden, auf jeden Fall der Ansatzpunkt. Natürlich muss das Wachstum, wenn die Bedingungen da sind, aus dem privaten Sektor kommen. Das ist völlig richtig. Nur können wir innovative Unternehmer nicht herbeizaubern. Sie müssen schon da sein. Ich bin recht zuversichtlich, dass es in Deutschland funktionieren würde. Aber die Bedingungen müssen stimmen. Das ist eben dann auch wieder Aufgabe der Wirtschaftspolitik, die Bedingungen zu setzen. Das betrifft einmal die Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt, die wir oft in den Gutachten mehr oder weniger ausführlich beschrieben haben, die notwendig ist, um im Unternehmenssektor Innovationen und Investitionen freizusetzen. Das Zweite ist, dass die Rahmenbedingungen auch ansonsten stimmen müssen, z.B. in der Steuerpolitik. Die Belastung der Unternehmen ist in Deutschland immer noch relativ hoch. Wir müssen uns dem Wettbewerb stellen. Es ist klar, dass die Konkurrenz gerade in jüngster Zeit sehr viel größer geworden ist. Die Herausforderungen für die Wirtschaftspolitik, hier die Rahmenbedingungen günstig zu setzen, sind noch mehr da. Wir haben seit ein paar Tagen Mitglieder in der Europäischen Union, die mit sehr viel niedrigeren Steuersätzen auskommen. Diesem Wettbewerb müssen wir uns am besten dadurch stellen, dass wir auch darüber nachdenken, ob wir unsere Steuersätze nicht nach unten schleusen müssen, um mehr Investitionen herbeizubringen. Was ich aber in der Wirtschaftspolitik sehe, ist eher eine defensive Reaktion. Wir sind nicht so flexibel auf dem Arbeitsmarkt. Wir wollen die Löhne nicht anpassen. Wir wollen die Steuersätze nicht senken, sondern wir wollen möglichst verhindern, dass es ein sog. Steuerdumping gibt. Wir wollen Lohndumping verhindern. Diese negativen Wörter sind Defensivreaktionen, während Dumping gerade für mich aus dem Institut für Weltwirtschaft Wettbewerb ist. Der Wettbewerb, der uns jetzt um die Ohren bläst, der muss uns veranlassen, von Seiten der Finanzpolitik noch mehr Anreize zu setzen. Deshalb noch einmal ein klares Plädoyer für Steuersenkungen und die können nur finanziert werden, wenn wir auch bei den Ausgaben entsprechend einsparen.

Vorsitzende Christine Scheel: Herr Prof. Flaig.

Sv Prof. Dr. Flaig (ifo): Ich kann mich dem nur anschließen - auch aus Zeitgründen. Im Prinzip hat Herr Scheide das gesagt, was ich auch vertreten würde.

Vorsitzende Christine Scheel: Sie haben sich wieder ganz klug um den Subventionsabbau und die Konkretisierung herumgedrückt.

Sv Dr. Horn (DIW): Es gibt konkrete Vorschläge, was da gemacht werden soll. Koch/Steinbrück nimmt ungefähr ein Drittel der Subventionen in Angriff. Das Institut für Weltwirtschaft, wir plädieren dafür, 100 % der Subventionen in Angriff zu nehmen. Jetzt zu sagen, wir kürzen die Subvention peu-à-peu um 1 Mrd., 3 Mrd. pro Jahr, dann werden wir die 60 Mrd. in zehn Jahren noch nicht zusammenbekommen. Wenn man sich entschieden hat, Subventionen sind eigentlich schlecht, dann sollte man sie so schnell wie möglich abschaffen. Meinetwegen nicht von heute auf morgen, aber man kann wenigstens sagen, 60 Mrd. Subventionskürzung in fünf Jahren muss möglich sein. Wenn man das heute ankündigt, können sich alle darauf einstellen. Dann kann man über eine Übergangslösung noch nachdenken. Die sind auch billiger als die Subventionen, die jetzt gezahlt werden. Aber es ist doch wenigstens Bewegung in die Debatte um Subventionskürzungen gekommen. Es liegt etwas Konkretes vor, und wir wollen das unterstützen und sagen: „Ihr könnt eigentlich noch etwas mehr tun.“

Vorsitzende Christine Scheel: Frau Andreae.

Kerstin Andreae (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich habe eine Frage an Herrn Dr. Ludwig und an Herrn Dr. Horn. Herr Dr. Scheide hat es mit der EU-Osterweiterung und den Körperschaftsteuersätzen angesprochen. Sie sagen, Mindeststeuersätze seien der falsche Weg, weil wettbewerbsschädlich, und als Alternative schlagen Sie vor, die Subventionen an die EU-Ostländer zu kürzen, weil die Subventionen diese Steuersätze ermöglichen. Jetzt weiß ich, dass es eine Untersuchung vom DIHK gibt, die in Frage stellt, ob es diesen einfachen Zusammenhang gibt. Da würde mich Ihre Einschätzung interessieren. Das Zweite, was in den Zusammenhang gehört, ist: Die dritte Variante, mit der man reagieren kann, Herr Prof. Dr. Scheide, ist die Tarifsenkung. Mich würde interessieren, wenn Sie Vereinfachungen ansprechen, sehen Sie im Einkommensteuerbereich dieses Junktum ‚Vereinfachung und Tarifsenkung‘ oder ist das Entlastungsvolumen im einkommensteuerlichen Bereich so aufgebraucht?

Vorsitzende Christine Scheel: Herr Dr. Ludwig.

Sv Dr. Ludwig (IWH): Die erste Frage: Die Slowakei hat sehr niedrige Steuersätze und zieht dadurch Unternehmen an. Es sind faktisch Geschenke, wenn man so will, dass die Gewinne in einem bestimmten Grade nicht versteuert werden müssen und hat damit dann weniger Einnahmen im Haushalt. Die Slowakei dann kein Geld - um das einmal einfach auszudrücken -, um Ausgaben zur Verbesserung der Infrastruktur zu finanzieren und in

solche Projekte zu lenken, die über die Strukturfonds der EU zumindest kofinanziert werden würden. Das ist schon ein gewisser Widerspruch, der sich auftut. Aber die Lösung kann nicht darin bestehen, dass man den Steuerwettbewerb zwischen Deutschland, der Slowakei und den anderen Ländern abschafft. Das geht natürlich nicht. Es ist eine nationale Entscheidung, und die muss man akzeptieren. Aber die anderen Länder der EU, die über solche Strukturfonds usw. beschließen, sollten dann schon darauf achten, dass nicht eine Art Missbrauch mit diesen Mitteln betrieben wird. Das war das Plädoyer zu diesem Punkt in der Gemeinschaftsdiagnose was die Beitrittskandidaten anbetrifft.

Vorsitzende Christine Scheel: Nachfrage von Frau Andreae.

Kerstin Andreae (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Mir ist der Zusammenhang schon klar, wie Sie ihn geschildert haben. Zu diesem Gutachten, das seitens des DIHK thematisiert wird - ich kenne es nicht -, ist die Frage, ob Ihnen die Gegenargumentation bekannt ist und Sie mir diese auch erläutern können, die da eben heißt, dass der Zusammenhang so einfach nicht ist.

Sv Dr. Ludwig (IWH): Ich habe das schon angedeutet, dass dieser Zusammenhang nicht so direkt ist. Ich vermute, ähnliches steht in dem Gutachten. Ich selbst kenne das Gutachten auch nicht. Ich vermute, es dürfte etwa so sein.

Vorsitzende Christine Scheel: Herr Dr. Horn.

Sv Dr. Horn (DIW): Dass der Zusammenhang so einfach nicht ist, ist noch kein Gegenargument, sondern zeigt nur, dass die Dinge komplizierter sind. Sicherlich ist es so, dass man nicht ein unmittelbares Umschichten der Gelder sieht. Es ist eine indirekte Folge, dass die Subventionen, die aus Brüssel kommen, es letztlich ermöglichen, dass man bei den Steuern sehr viel vorsichtiger ist. Aber ich möchte zunächst noch Grundsätzliches sagen: Man gewinnt manchmal den Eindruck, wir müssten so werden wie die Slowakei, um wirtschaftlich erfolgreich zu sein. Ich halte das für eine völlig falsche Wahrnehmung der Realitäten. Die Slowakei und andere Länder sind Beitrittsländer, denen wir in der Tat ein hohes Wachstum ermöglichen wollen. Deshalb zahlen wir die Subventionen aus Brüssel. Das ist der Grund dafür. Wir sollten uns im Nachhinein nicht beklagen, sondern begrüßen, dass diese Länder tatsächlich stärker wachsen als wir. Das ist genau das gewünschte Resultat. Man kann es nicht als Argument verwenden, weil sie stärker wachsen müssen, müssten wir so werden wie diese Länder. Das ist in dem bisherigen Anpassungsprozess eine völlig verkehrte Logik. In der Tat weisen wir auf den Zusammenhang hin, dass es gerade vielleicht die Subventionen aus Brüssel sind, die den Ländern diesen Steuerwettbewerb ermöglichen. Das können wir wohl nicht auf Deutschland anwenden. Insofern bin ich sehr vorsichtig mit den Argumentationen, in denen die Slowakei als Beispiel

herhält. Warum müssen wir uns nicht an Frankreich oder die USA oder an England anpassen? Das sind entwickeltere Industrienationen. Wir haben in diesem Gutachten auch klar gesagt, dass Tarifanpassungen bei den Löhnen eine defensive Maßnahme sind. Es mag richtig sein, dass Betriebe, die durch Verlagerung unter Druck geraten, sich dadurch Zeit kaufen können, dass es zu einer besonderen Lohnzurückhaltung kommt. Wir haben schon eine allgemeine Lohnzurückhaltung, aber dort wird eine besondere Lohnzurückhaltung erforderlich sein. Damit kann man sich aber allenfalls Zeit kaufen. Der Strukturwandel wird stattfinden und er wird sich tatsächlich auch bahnbrechen. Eine offensive Reaktion ist, die öffentlichen Investitionen insbesondere in Humankapital zu erhöhen. Nur wenn wir es schaffen, den Trend, den wir seit Jahren mit einem ständigen Rückgang der öffentlichen Investitionen haben und der vor allen Dingen auf die kommunalen Reaktion zurückzuführen ist, zu durchbrechen und eine Kehrtwende einzuleiten, werden wir in Zukunft so produktive Arbeitskräfte haben können, dass wir ein Hochlohnland bleiben können und es uns auch leisten können, ein Hochlohnland zu bleiben, weil wir die entsprechende Produktivität haben. Aber das setzt in der Tat eine Kehrtwende voraus, die im Moment noch nicht in Sicht ist.

Vorsitzende Christine Scheel: Herr Michelbach, bitte.

Hans Michelbach (CDU/CSU): Ich habe eine Frage an Herrn Prof. Scheide und Herrn Prof. Flaig. Es wurde die Frage der Konsolidierung angesprochen. Es wurden die Ausgabenseite und die Wachstumsentwicklung angesprochen. Meine Frage geht dahin, wie wir die Hauptchance für Mehreinnahmen wahrnehmen - eben die Mehrbeschäftigung und die damit verbundenen Steuermehreinnahmen. Es ist eine Frage, die in die Wirtschaftspolitik geht. Kann man durch wirtschaftspolitische Maßnahmen den Fehlbedarf, der bei Ihnen im Finanzplanungszeitraum 2005 bis 2008 mit einem Fehlbetrag von bis zu 80 Mrd. Euro dargestellt wird, noch in Verbindung mit der Tatsache erzielen, dass die Agenda 2010 den hohen Erwartungseffekt, der mit ihr verbunden war, bisher nicht erfüllt hat? Wie beurteilen Sie die Effektivität? Welche Maßnahmen in der Arbeitszeitpolitik, in der Lohnpolitik und auch in der Deregulierungspolitik müssten stattfinden, um die notwendigen Beiträge für die Konsolidierung zu leisten?

Vorsitzende Christine Scheel: Herr Prof. Scheide zuerst? Wie Sie möchten.

Sv Prof. Dr. Scheide (IfW): Zur Konsolidierung ist zu sagen, dass die Finanzpolitik auf jeden Fall vor einer ganz schwierigen Situation steht. Das hat mit der langanhaltenden Stagnation zu tun. Wir müssen auch sehen, dass alle Prognostiker in der Vergangenheit das Wachstum überschätzt haben. Da müssen wir uns auch an die eigene Nase fassen - das ist ganz klar. Aber es ist so, dass wir daraus unterschiedliche Konsequenzen ziehen. Seit einiger Zeit gibt es immer mehr Institute, die betonen, dass der Potentialpfad in Deutschland relativ niedrig ist und wir ihn in den vergangenen Jahren überschätzt haben. Von daher wäre es ein Fehler,

bei den finanzpolitischen Planungen immer die optimistische Variante zu wählen und fortzuschreiben wie jetzt z.B. im Stabilitätsprogramm bis zum Jahr 2007 mit relativ hohen Wachstumsraten für das Bruttoinlandsprodukt. Ich würde raten, vorsichtiger zu sein. Es zeichnet sich auch bei den Vorgaben für die Steuerschätzungen in der kommenden Woche ab, dass man schon nach unten korrigiert hat und ein bisschen vorsichtiger vorgeht, denn sonst rechnet man sich sozusagen reich, wenn man sagt, man komme der Konsolidierung näher, weil man unterstellt, dass das Wachstum hoch ist. Wenn es aber nicht so hoch sein kann, weil das Potentialwachstum in Deutschland relativ niedrig ist, dann wird man die Konsolidierungsziele nie erreichen. Das ist auch eine Folge der Wachstumsschwäche, die wir - zugegeben - in unterschiedlicher Weise diagnostizieren. Aber es ist eine Konsequenz. Kann der Arbeitsmarkt dazu beitragen, dass die Einnahmen des Staates stärker steigen? Selbstverständlich! Wenn wir ein Beschäftigungswunder hätten, würde es uns, was die Staatseinnahmen betrifft, besser gehen. Wie schaffen wir das? In dem Gutachten ist eine Grafik dargestellt, die ganz aussagekräftig ist. Sie sagt etwas über das Arbeitsvolumen in Deutschland aus, dass seit zehn Jahren kontinuierlich zurückgegangen ist. Wir arbeiten heute in Deutschland 10 % weniger als vor zehn Jahren. In anderen Ländern ist es so, dass sie zum Teil 20 bis 30 % mehr arbeiten als vor zehn Jahren. Das erklärt z.B. einen großen Teil des Wachstumsunterschieds zwischen Deutschland, dass man hinterherhinkt, und den anderen Ländern. Nun sage ich nicht, wir müssen dasselbe machen wie andere Länder. Es geht nicht um die Steuersätze in der Slowakei und die Arbeitszeitregelungen in den USA usw. Ich will niemandem verordnen, so zu arbeiten oder so flexibel zu sein oder solche Gesetze zu haben wie die USA oder sonst wie. Sinnvollerweise kann das ein Ökonom nicht tun, denn wir haben es mit Präferenzen der Leute zu tun. Die Ökonomen müssen nur auf die Konsequenzen hinweisen: Wenn in Deutschland die Präferenz der Leute so ist, dass sie tatsächlich weniger arbeiten wollen, die Lebensarbeitszeit und auch die Wochenarbeitszeit verkürzen wollen, wenn das tatsächlich der Wunsch ist, dann ist die Konsequenz, dass es dann kaum noch Wachstum geben kann. Darüber aufzuklären, was die Konsequenz einer solchen Einstellung wäre, ist unsere wesentliche Aufgabe. Wir können den Leuten nicht vorschreiben, ihr müsst jetzt 40 Stunden oder 42 Stunden pro Woche im Industriesektor arbeiten. Das kann man nicht machen. Aber wir können darauf hinweisen: „Wenn ihr das nicht tut, wenn ihr die Arbeitszeit immer weiter verkürzt, dann wird es dazu führen, dass euer Einkommen in der Zukunft schrumpft.“ Das ist - glaube ich - unsere Hauptaufgabe. Es war in der Vergangenheit so, dass die Lebensarbeitszeit durch Frühverrentung verkürzt wurde. Auch die wöchentliche Arbeitszeit wurde permanent verkürzt. Wenn es sozusagen gegen den Willen der Arbeitskräfte geschah, dann ist das auf jeden Fall kontraproduktiv. Aber hier muss man auf die Konsequenzen hinweisen: Wenn sich ein sinkendes Arbeitsvolumen auch in den kommenden zehn Jahren fortsetzt, wird es dazu führen, dass unser Wachstum in Deutschland ganz gering bleibt.

Vorsitzende Christine Scheel: Herr Prof. Flaig, bitte.

Sv Prof. Dr. Flaig (ifo): Ich habe noch eine kleine Ergänzung zur Arbeitsmarkt- oder Lohnpolitik. Herr Horn hat vorhin erklärt, flexible Lohnpolitik oder moderate Lohnpolitik ist defensiv und die offensive Antwort auf die Probleme, die wir haben, muss die Förderung von Humankapital usw. sein. Die Förderung von Humankapital ist zweifellos richtig, aber man muss auch sehen, das es langfristig wirkt. Viele Dinge brauchen Jahre oder manchmal sogar Jahrzehnte, bis sie wirklich wirken. Wir haben das Problem jetzt auf dem Arbeitsmarkt. Ein großer Teil unserer finanzpolitischen Probleme ist - das ist unstrittig - durch das geringe Wachstum und vor allem durch die Probleme auf dem Arbeitsmarkt, spricht die hohe Arbeitslosigkeit, bedingt. Man muss deswegen zusätzlich - ich will es nicht ausspielen - zu dieser wachstumsorientierten Politik, die jeder irgendwie vertritt, auch an den Arbeitsmarkt heran. Daran wird man nicht vorbeikommen, um in den nächsten Jahren oder auch im nächsten Jahrzehnt möglicherweise das Potentialwachstum ein kleines bisschen zu erhöhen, aber vor allem auch das Problem der schlechten Staatsfinanzen, vor allem der Sozialversicherungssysteme, anzugehen. Es führt kein Weg daran vorbei, dass man flexiblere Löhne braucht. Ein angemessener Lohn ist der Lohn, bei dem die Leute Beschäftigung finden können. Es kann sein, dass der Lohn, den der Markt bietet, nicht nach unseren Vorstellungen ausreicht, was jemand verdienen soll. Nun gibt es eine Reihe von Vorschlägen, die ich hier im Detail nicht noch einmal verbreiten möchte, wie der Staat, wie die Sozialpolitik diesen Prozess unterstützen können, um auch für die Leute, die nicht so hoch qualifiziert - wo man nicht einfach sagen kann, wir fördern Humankapital - wieder dazu zu bringen, ihren Beitrag zur Produktion und zum Wachstum zu leisten.

Vorsitzende Christine Scheel: Herr Kollege Ortwin Runde, bitte.

Ortwin Runde (SPD): Wenn ich das richtig sehe, haben wir einen Konjunkturzyklus, den wir in dieser Form in der Nachkriegsgeschichte noch nicht erlebt haben: über drei Jahre Stagnation. Für mich ist die Frage, wie wir bei einer gespaltenen Konjunktur - positiv im Bereich Außenwirtschaft, Außenhandel, aber negative Entwicklung, was die Binnenkonjunktur, verbunden mit niedriger Binnennachfrage angeht - wirtschafts- und finanzpolitisch reagieren. Darum dreht sich auch das Gutachten. Frage an Dr. Wohlers: Im außenwirtschaftlichen Bereich haben wir zwei Gefährdungen - Öl und Euro. Bisher Euro weniger, Öl inzwischen mehr. Und an Herrn Horn: Im Bereich Binnennachfrage haben wir eine sehr hohe Sparquote zu verzeichnen. Ist angesichts dieses Konjunkturverlaufs nicht gefährlich, jetzt schon von einem sich stabilisierenden Aufschwung zu sprechen und welche Auswirkungen auf die Binnennachfrage und Sparquote - das auch an diejenige, die die Mehrheitsmeinung vertreten - hätten dann ihre Vorschläge. Das ist ja der Vorschlag, noch einmal an Sonn-, Feiertags- und Nachtzuschläge, an das Thema Entfernungspauschale und an Koch/Steinbrück heranzugehen, wobei man bei Koch/Steinbrück immer sehen muss, dass über 40 % Investitionen sind, die von den Subventionsabbaumechanismen betroffen werden.

Wie werten Sie vor diesem Hintergrund die Vorschläge, jetzt mit 12 Mrd. - am Defizitkriterium orientiert - einzugreifen?

Vorsitzende Christine Scheel: Herr Dr. Wohlers, bitte.

Sv Dr. Wohlers (HWWA): Die Frage ging zu den Öl- und Rohstoffpreisen an mich. Ich würde es nicht nur auf die Ölpreise stricken. Wir haben das Problem, dass wir im Augenblick eine Hausse an den gesamten Rohstoffmärkten haben. Die Gründe dafür sind eine sehr starke Nachfrage aus den boomenden Wachstumszentren in Ostasien und Amerika. Dort wird sehr viel aufgekauft. Das ist in der Tat ein Problem. Wir haben Ölpreis von 30 Dollar berücksichtigt. Wir haben durchaus weiter anziehende Industrierohstoffpreise berücksichtigt, wenn auch nicht mehr in dem Maße wie bisher. Aber wir liegen beim Öl schon eine Ecke höher, als wir es in unserer Gemeinschaftsdiagnose hatten, und auch bei den Rohstoffpreisen zeichnet sich im Augenblick noch keine Entwarnung ab. Wir müssen noch einen zweiten Aspekt berücksichtigen. Es ist nicht allein die Entwicklung an den Rohstoffmärkten, die uns im Augenblick zu schaffen macht, sondern auch der Rückgang des Eurokurses. Der hatte uns bisher ein bisschen von den internationalen Rohstoffmärkten abgekoppelt. Jetzt haben wir einen rückläufigen Eurokurs. Wir sind bei knapp 1,20. In der Diagnose hatten wir noch 1,25 unterstellt. Jetzt kommt sozusagen das, was uns auf der anderen Seite gebremst hatte, zurück. Wir kriegen einen doppelten Effekt, von der Ölseite und von dieser Seite her. Ich würde das als ein gewisses Risiko einschätzen. Wenn das ein, zwei Monate so bleiben würde, wäre es noch nicht das Problem. Es wäre sicherlich ein Problem, wenn sich diese Rohstoffhausse so stark wie bisher fortsetzen würde und wenn der Ölpreis so hoch bleibt oder sogar noch weiter steigt. Dann wäre es in der Tat ein Risiko. Dann hätten wir eine Art neuen Rohstoffpreisschock, den wir noch einmal berücksichtigen müssen. Einen Teil dieses Effektes ist bereits in unserer Prognose. Ich würde von daher sagen, dass wir das nicht zusätzlich berücksichtigen müssen. Der zweite Punkt: Eurokurs. Wir können zwar noch keine Entwarnung geben, aber die Situation ist jetzt anders, als wir sie noch vor einigen Monaten hatten, als wir einen rasant steigenden Kurs in Richtung 1,30 hatten. Inzwischen hat er sich wieder gefangen, sodass das Risiko, dass wir eine sehr starke Aufwertung des Euro bekommen, im Augenblick nicht sehr relevant sein dürfte. Ich schließe es auf die Zukunft gerichtet nicht aus. Aber es gibt doch einige Fakten, die eher dagegen sprechen. Das eine ist die recht kräftige Entwicklung in den USA im Gegensatz zur Entwicklung im Euroraum. Wir haben eine Art Wachstumsvorsprung der USA. Das könnte sich auch im Wechselkurs niederschlagen. Das Zweite ist die Frage der Zinsentwicklung im Euroraum und in USA. Wir haben in unserem Gutachten unterstellt, dass die FED demnächst die Zinsen etwas anheben wird. Das würde von der Zinsdifferenz her eine gewisse Entlastung auf den Wechselkurs bringen. Das war von uns ein Argument zu sagen, dass der Eurokurs sich etwa auf dem Niveau von 1,25 hält.

Vorsitzende Christine Scheel: Herr Dr. Horn.

Sv Dr. Horn (DIW): Wir nehmen das Wort „Aufschwung“ bewusst nicht in den Mund oder haben es nicht aufgeschrieben, sondern haben stattdessen von einer „Belebung“ gesprochen. Das ist durchaus schwächer. Es ist auch schwächer gemeint, denn bei den Wachstumsraten, die wir vorhersehen, kann man nicht von einem Aufschwung in dem Sinne sprechen, dass z.B. die Beschäftigungsentwicklung deutlich anspringt. Das ist bei den Raten überhaupt nicht impliziert. Allerdings haben die Institute unterschiedliche Einschätzungen darüber, was noch möglich, wie der Potentialpfad ist. Herr Scheide hat sich sehr skeptisch dazu geäußert. Ich vertrete eine andere Meinung. Wenn die Rahmenbedingungen günstig sind, wenn die Geldpolitik ihren Kurs hält, wenn die Euroaufwertung zum Stillstand gekommen ist, wenn die Finanzpolitik nicht ein zusätzliches Sparpaket auflegt, wenn sonstige außenwirtschaftliche Störungen durch die Ölpreise und die Energiepreise auch ausbleiben, dann könnten wir 2006 noch kräftiger wachsen, als wir das in den nächsten zwei Jahren sehen werden. Dann sind wieder Raten über 2 % möglich, ohne dass es zu inflationären Verspannungen kommt. Die Binnennachfrage ist im Moment in der Tat die Achillesferse der Konjunktur. Das hat viele Gründe. Die Gründe liegen aus meiner Sicht auch in einer falschen wirtschaftspolitischen Reaktion auf die zahlreichen Belastungen, die von der Welt her, aber auch aus Europa auf die deutsche Wirtschaft zugekommen sind. Auch die Reformmaßnahmen haben zur Verunsicherung beigetragen. Man hat sie gesamtwirtschaftlich nicht abgefedert, was vielleicht notwendig gewesen wäre, um die Verunsicherung bei den Verbrauchern in einem günstigen gesamtwirtschaftlichen Rahmen aufzufangen. Wenn mehr Einkommen entsteht, kann man gleichzeitig mehr konsumieren und mehr sparen. Aber die Einkommenszuwächse waren so schwach, dass dies nicht möglich war. Dass das Arbeitsvolumen so deutlich zurückgegangen ist, ist nicht Ursache dieser Entwicklung. Die Ursache ist nicht, dass wir ständig Arbeitszeitverkürzung beschlossen hätten oder die Menschen weniger arbeiten wollten. Sie durften nicht mehr arbeiten, weil das Wachstum so schwach war. Der Rückgang des Arbeitsvolumens ist Reflex der schwachen Entwicklung, nicht Ursache! Das kann man z.B. daran sehen, dass man in den Jahren 1999 und 2000 durchaus einen Zuwachs von 2 % hatte, binnen zwei Jahren, als die Konjunktur wirklich gut lief. Sehr schnell wurde das Arbeitsvolumen wieder ausgedehnt, ohne dass es zu binnenwirtschaftlich bedingten inflationären Verspannungen kommt. Das zeigt mir, dass das Potential der deutschen Wirtschaft noch sehr viel höher ist als das, was wir an Wachstumsraten im Moment sehen. Man muss nur die Rahmenbedingungen schaffen, dass dieses Potential wirklich ausgenutzt wird.

Vorsitzende Christine Scheel: Herr Prof. Scheide.

Sv Prof. Scheide (IfW): Herr Runde hatte danach gefragt, ob man noch weiter in dieser Zeit konsolidieren soll. Die konjunkturelle Erholung ist noch nicht sehr gefestigt. Ist es da richtig

zu konsolidieren? Das ist die Grundsatzfrage. Das diskutieren wir unter uns, und es gibt unterschiedliche Meinungen. Man muss sich entscheiden: Ist Haushaltskonsolidierung prinzipiell gut oder schlecht? Wenn man meint, es ist schlecht, dann soll man es lassen. Wenn es schlecht wäre, würde ich dagegen sein, die Haushalte zu konsolidieren. Im üblichen keynesianischen Denkmuster ist es so, dass wir eine restriktive Finanzpolitik machen, und die kann nur negativ auf das Wachstum wirken. Wenn man diese Auffassung hat, muss man gegen Konsolidierung sein. Nur diese einfache Sicht hat sich in der Vergangenheit als falsch erwiesen. Es ist nicht so, dass Konsolidierung prinzipiell schlecht ist. Im Gegenteil. Oft zeigt sich, es ist für das Wachstum positiv. Denn man muss über die Alternativen nachdenken: Wir haben anhaltend hohe Defizite. Was erwarten die Leute, wenn nicht konsolidiert wird? Sie erwarten dann - ob es Steuer- oder Sozialabgaben sind - steigende Abgaben in der Zukunft. Das ist im Moment nach meiner Meinung in den Köpfen der Bürger, weil sie sehen, wenn immer Probleme auftauchen, werden in Deutschland im Zweifel die Steuern erhöht. Das belastet ihre Investitionstätigkeit und die Konsumtätigkeit auch. Das ist ein wesentlicher Grund dafür, dass der Konsum zu schwach ist und dass von den privaten Haushalten mehr gespart wird.

Unruhe

Sv Prof. Scheide (IfW): Die Flut - in den letzten zwei, drei Jahren wurden z.B. als die Flutkosten gedeckt werden mussten, die Steuern erhöht.

Vorsitzende Christine Scheel: Die Senkung wurde um ein Jahr verschoben - das kann man anders interpretieren. Ich habe noch vier Kollegen, die sich gemeldet haben. Ich bitte darum, dass wir eine viertel Stunde noch fortfahren, wenn es Ihr Zeitbudget hergibt. Geht das? Die Frage richtet sich an Sie als Gäste, denn es kann sein, dass Anschlusstermine stattfinden oder ein Verkehrsmittel erreicht werden soll. Ist es möglich? Ok. Dann Herr Kollege Bernhardt.

Otto Bernhardt (CDU/CSU): Ich habe eine Frage an Herrn Prof. Scheide. Wenn ich die Dinge richtig beurteile, dann sind wir uns darin einig, dass wir die Probleme auf dem Arbeitsmarkt und unser Schuldenproblem nur lösen über mehr Wirtschaftswachstum können. Wenn ich Ihren Bericht richtig lese, dann sagen Sie, die Weltwirtschaft ist hervorragend angelaufen. In Europa ist das Ganze einigermaßen befriedigend, und innerhalb Europas ist Deutschland irgendwo auf der unteren Position. Wenn ich die Zahlen genau sehe, dann waren wir im letzten Jahr Nummer 23 unter allen EU-Ländern. In diesem Jahr sollen wir Nummer 22 werden. Das Erschütternde ist, nach Ihren Zahlen sollen wir im nächsten Jahr beim Wirtschaftswachstum den Platz 25 unter 25 EU-Ländern haben. Meine Frage ist - ich weiß nicht, wer sich damit von Ihnen besonders beschäftigt - was machen die anderen Länder in Europa besser? Herr Prof. Scheide, Sie haben das Thema mit dem

Arbeitsvolumen so toll dargestellt. Am 1. Mai, vor wenigen Tagen, war ich bei der Kundgebung des DGB in meiner Heimatstadt. Da muss man als Abgeordneter hingehen. Da wurde deutlich erklärt, weniger Arbeit sei das richtige Konzept. Mehr Arbeit, Stunden-, Wochenarbeitszeit usw. würde Arbeitsplätze vernichten. Das Thema haben Sie toll dargestellt. Hoffentlich bringen die Sozialdemokraten das ihren Parteifreunden und Gewerkschaftern vor Ort bei. Gibt es weitere Punkte, wo wir - im Gegensatz zu anderen Ländern - ähnlich gravierende Fehler machen, die letztlich unser Wachstum kaputt machen und dazu führen, dass wir Schlusslicht in Europa sind?

Vorsitzende Christine Scheel: Herr Prof. Scheide, bitte.

Sv Prof. Scheide (IfW): Es ist leider nicht ganz so einfach. Wenn man eine Skala mit Wachstumsfaktoren hätte, und man stellte sie zusammen, dann wäre es sehr schön, wenn herauskäme, Deutschland muss ganz unten sein, und das erklärt die Wachstumsschwäche. Ganz so einfach ist es nicht. Mich interessiert eigentlich auch nicht so sehr, ob wir nun schneller oder schwächer wachsen als Frankreich oder - China will ich nicht erwähnen - Großbritannien. Das ist für mich uninteressant. Für mich ist interessant: Schöpfen wir eigentlich unser Wachstumspotential aus? Könnte Deutschland stärker wachsen? Ob wir dann über oder unter Italien liegen, ist mir nicht so wichtig. Ich meine, es entspricht nicht den Präferenzen der Bürger zu sagen, 1 % Wachstum oder noch weniger reicht uns, damit sind wir zufrieden. Ich glaube, alle sind an einer Einkommenserhöhung interessiert. Wir müssen das auch erreichen, denn sonst wird der Lebensstandard für die Bevölkerung insgesamt sinken, denn es wird in Zukunft noch mehr hin zu dem Teil der Bevölkerung umverteilt werden müssen, der nicht mehr arbeitet. Das ist abzusehen. Wir müssen uns darauf konzentrieren, was wir eigentlich machen können, um das Wachstumspotential in Deutschland zu erhöhen. Wie gesagt, es hängt auch davon ab, was die Bürger eigentlich wollen, ob sie tatsächlich mehr arbeiten wollen. Wenn sie es nicht wollen, kann man daran nichts machen, muss aber nicht verzweifeln. Dann muss ich allerdings sagen, dann wird es damit nichts. Das Zweite ist eine gewisse staatliche Aufgabe: Investitionen wurden schon angesprochen, die Rahmenbedingungen für die Unternehmen schaffen, dass sie mehr investieren. Das muss hergestellt werden. Aber das geht nicht per Zwang. Aber ich meine schon, dass Deutschland nicht eine natürliche Wachstumsrate hat, die unter 1 % liegt.

Vorsitzende Christine Scheel: Ich habe noch vier Wortmeldungen. Ich hatte darum gebeten, dass wir die noch abarbeiten. Herr Schild, bitte.

Horst Schild (SPD): Eigentlich reizt mich - ich glaube Prof. Flaig war das - die These, verstärkt in Humankapital zu investieren. In dieser Schönheit und Allgemeingültigkeit wird keiner widersprechen. Wir haben das lange im Deutschen Bundestag - ich glaube, es war das einzige Mal, dass der Deutsche Bundestag sich über mehrere Tage mit der deutschen

Bildungskatastrophe befasst hat, das hatte damals aber ein Religionsphilosoph losgetreten und kein Ökonom - beraten. Ich weiß nicht, ob einmal überprüft worden ist, was die Folge Ende der 60er Jahre, Anfang der 70er Jahre war, was Investitionen im Bildungswesen für ökonomischen Effekte erzielt haben. Aber wenn man das heute sagt, möchte ich wissen: Wo müsste man denn ins Humankapital investieren? Welche zeitliche Verzögerungen, welches time-lag gibt es? Wir müssten uns dann unterhalten, was möglichst schnell wirksam wäre. Wir können im Kindergarten anfangen und wüssten dann, ungefähr 20 Jahre später würden sich die Investitionen möglicherweise auszahlen. Wir haben keine Instrumente, um das gezielt zu steuern und wenn wir 40 000 Museumspädagogen mehr in Deutschland hätten, weiß ich nicht so sicher, ob das ökonomisch Effekte haben wird. Vielleicht können Sie mir da weiterhelfen? Vielleicht sollte man auch nicht ins Hochschulwesen investieren, weil wir nicht wissen, was die damit machen? Vielleicht bauen sie die theologische Fakultäten aus? Man muss dann sagen, wir müssen es da einsetzen, wo es besonders schnell wirksam wird. Da wäre ich schon für konkrete Hinweise dankbar. Ich weiß nicht, ob in der Wirtschaftswissenschaft Untersuchungen existieren, die Zusammenhänge zwischen Investitionen in Humankapital offen legen und uns Vorschläge unterbreiten können, wo das zu welchem Zeitpunkt erfolgen muss. Aber was mich auch interessiert, ist die Frage „privater Konsum“. Bei der Überprüfung der Prognose 2003 wird darauf verwiesen, dass die Abweichungen deswegen zu konstatieren waren, weil die Abweichung bei den privaten Konsumausgaben sehr groß ist. Ich höre immer wieder von Ökonomen, der private Konsum habe nicht angezogen. Ich möchte gern wissen: Ist es eigentlich realistisch, wo sicherlich unterschiedliches Konsumverhalten von jüngeren und älteren Menschen festzustellen ist, zu erwarten, dass in einer alternden Gesellschaft, wo der Anteil Älterer mit vielleicht zurückhaltenderem Konsumverhalten zunimmt, überhaupt dauerhaft mit nennenswertem Zuwachs beim privaten Konsum zu rechnen ist?

Vorsitzende Christine Scheel: Herr Prof. Flaig.

Sv Prof. Dr. Flaig (ifo): Zunächst zum Humankapital. Das ist einer der Punkte, wo Konsens bei den Wachstumsforschern herrscht. Die Investitionen in Humankapital sind eine der Triebkräfte des Wachstums. Es gibt eine Menge internationaler empirischer Studien, die das bestätigen. Die andere Frage ist, wie man das im Mikrobereich macht, also welche organisatorischen Dinge und wo. Damit haben wir uns in der Gemeinschaftsdiagnose nicht beschäftigt. Wir sind in dem Sinne Makroökonomien. Ich will niemandem zu Nahe treten, aber zumindest ich bin nicht der ganz große Experte dazu. Das ist auch nicht unsere Aufgabe im Rahmen der Gemeinschaftsdiagnose. Der Sachverhalt als solcher, dass der Staat die Ausgaben zurückgefahren hat und dass die Investitionen, zumindest wenn man sie gut macht, wachstumsfördernd sind, ist Konsens. Ich glaube, das braucht man nicht zu wiederholen. Noch einmal zum Konsum und zur Sparquote. Die Sparquote wurde vorhin schon angesprochen. Wenn man sich überlegt, was eigentlich die ökonomische Theorie

sagt, ist das Seltsame, dass die Wachstumstheorie sagt, wenn wir die Sparquote erhöhen, steigt zumindest vorübergehend - und das Vorübergehende ist schon mittelfristig -, auch die Wachstumsrate. Sehr oft wird beklagt, unsere Sparquote ist so hoch und darum gibt es kein Wachstum und keinen Konsum und darum kann das Ganze nicht anspringen. Natürlich ist die Sparquote eine wichtige Determinante. Aber stellen wir uns einfach vor, die Leute würden jetzt mehr ausgeben. Sind wir so sicher, dass wirklich unsere Konjunktur anspringt? Oder geht nicht eine ganze Menge, wenn Sie ein neues Hemd kaufen z.B. nach Italien? Alles positiv im Sinne der Allokation, der Effizienz. Das Problem ist nur eben nicht primär, wie wir die private Nachfrage durch irgendwelche Maßnahmen ankurbeln können, sondern wie es uns gelingt, so viel Produktion im Inland zu generieren und zu halten, damit die Arbeitslosigkeit nicht weiter steigt oder - nach all unser Hoffnung - sogar sinkt. Natürlich ist die Sparquote kurzfristig von einer gewissen Bedeutung. Das würde ich nie leugnen. Aber die zentrale Frage ist nicht der Konsum. Das ist für die Konjunktur dieses, des nächsten Jahres alles wichtig. Aber nicht die Frage, wie wir - ich nenne es einmal so - aus diesem Schlamassel herauskommen. Da ist sparen gut, wenn die Bedingungen erfüllt sind. Die Frage ist nur, welche Bedingungen. Dafür ...

Horst Schild (SPD): Ich will das einmal verdeutlichen. Als ich meinem Großvater mit 80 Jahren einen neuen Pullover geschenkt habe, hat er ihn schön zusammengelegt in den Schrank gelegt, und als er dann verstorben ist, lag er unbenutzt da. Darum würde ich sagen, alte Leute haben ein anderes Konsumverhalten. Wenn der Anteil Älterer steigt, muss das doch Konsequenzen haben.

Sv Prof. Dr. Flaig (ifo): Hat es. Aber das ist ein sehr diffiziles Thema. Aber noch bestehen wir - glücklicherweise - nicht nur aus 80-Jährigen. Wenn die Beschäftigung gelingt, wodurch auch immer, wird der Konsum auch wieder steigen. Ich glaube, da sind wir uns dann auch wieder einig. Es gibt kein Naturgesetz, dass der Konsum nicht steigen kann.

Vorsitzende Christine Scheel: Ich schaue auf die Uhr. Sie sind selber Schuld, wenn Sie nicht rechtzeitig um viertel vor hinauskommen. Herr Dr. Döhrn.

Sv Dr. Döhrn (RWI): Zu der letzten Frage von Herrn Schild noch eine grundsätzliche Anmerkung. Es ist etwas auch das Problem, in dem sich die Politik jetzt befindet, dass sie viele Maßnahmen, die nur langfristig greifen können, mit Hinblick auf ihre kurzfristigen Wirkungen versucht zu kommunizieren. Wir haben von dem Hartz-Konzept gehört, wo die Durchsetzung des Hartz-Konzepts sofort 2 Mio. Arbeitsplätze bringt. Die Institute haben sich sehr skeptisch damals geäußert, und ich muss mit Blick auf die Arbeitslosen sagen, leider haben wir Recht gehabt. Das gleiche war mit der Agenda 2010, wo wir in der Gemeinschaftsdiagnose gesagt haben, das alles sinnvoll ist, nur dass wir nicht erwarten dürfen, dass sich innerhalb der nächsten ein, zwei Jahre etwas ändert. Das Gleiche ist es mit

den Investitionen in Humankapital. Man kann auch nur davor warnen, zu sagen, jetzt haben wir einen Bereich - sei es Nanotechnologie oder was einem so einfällt - da müssen wir hineinpoweren, und da werden wir sehr schnell Erfolge erzielen. Der Staat weiß nicht, ob die Nanotechnologie die Zukunftstechnologie ist. Man kann auch sagen, wer am lautesten nach Subventionen schreit, der hat sie wahrscheinlich am nötigsten, weil sich sein Konzept zunächst nicht trägt. Wenn es sich tragen würde, bräuchte er keine Subvention. Von daher muss man sehen, diese Politik muss langfristig angelegt sein. Da muss man im Zweifelsfall bei den Kindergärten oder sonst wo anfangen. Da wird einem nicht sehr viel anderes übrigbleiben.

Vorsitzende Christine Scheel: Herr Dr. Meister ist entschwinden. Ich streiche ihn jetzt. Herr Spiller - letzte Wortmeldung.

Jörg-Otto Spiller (SPD): Die Wortmeldung ist nicht nur eine Frage. Sie ist eine Bemerkung und richtet sich auch an Herrn Messer als Generalsekretär der Arbeitsgemeinschaft, aber vielleicht könnte auch Herr Dr. Vesper, der noch nicht zu Wort gekommen ist, darauf eingehen. Wenn ich das richtig sehe, hat sich der Charakter dieser Gutachten verändert. Früher waren das insbesondere Konjunkturgutachten. Wenn man einmal zurückdenkt - sozusagen die guten Zeiten der gesamtwirtschaftlichen Rezepte und Steuerung der Gesamtnachfrage, späte 60er Jahre bis hinein in die 80er Jahre -, da war es für die Politik hoch interessant zu wissen, wie die Institute den Konjunkturverlauf einschätzen, weil man den Anspruch hatte und es ist gesetzlich vorgeschrieben und unsere Pflicht nach wie vor, dass Bund und Länder sich so verhalten sollen, dass das magische Viereck möglichst erreicht wird, und man durch sein Einnahmen- und Ausgabenverhalten zu Glättungen von Konjunkturausschlägen beiträgt. Das war die Grundphilosophie. Deswegen war diese kurzfristige Prognose zum Konjunkturverlauf unheimlich interessant und hatte eine Relevanz. Jetzt habe ich den Eindruck, die Diskussion verändert sich. Wir haben heute fast gar nicht über Konjunktur gesprochen, sondern wir haben über strukturelle Wachstumsschwäche in Deutschland oder über Faktoren, die dazu beitragen, gesprochen....

Zwischenbemerkung

... wir reden viel weniger über Konjunktur als über eine Wachstumsschwäche, die wir etwa seit zehn Jahren in Deutschland zu beobachten haben. Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Ihre Konkurrenz quasi, der hat seine Akzente auch etwas anders gesetzt. Der redet viel mehr über solche strukturellen - Sie haben das hier auch gemacht - Fragen. Bei den Gutachten der letzten Jahre, hat der Sachverständigenrat zwei Dinge herausgekehrt: Das eine ist das, was man mit den Stichworten Lohnnebenkosten, Verkrustungen im Arbeitsrecht, Arbeitsmarkt bezeichnen kann. Das hat die Politik aufgenommen unter dem Stichwort „Agenda 2010“. Der andere

Faktor - Herr Hilsberg hat ihn angesprochen -, den der Sachverständigenrat als eine vielleicht noch wichtigere Komponente für die Wachstumsschwäche in Deutschland strukturell hervorgekehrt hat, ist das Problem, dass von der Fläche ein Drittel des Landes eine schwache Region ist. Es ist etwas anderes, ob man ein paar Randzonen hat, der Bayerische Wald oder die Rhön, oder ob ein Drittel des Landes, ein Fünftel der Bevölkerung, in einem wirtschaftlich überwiegend schwachen Raum lebt. Da ist erstens die Frage, ob Sie darüber diskutieren, aber zweitens eine Anregung. Ich sage einmal ein bisschen frech: Wenn man Ihre Gutachten liest, ist die Hauptbotschaft, auch Sie lesen Zeitungen. Die ganze Debatte, die wir führen, haben Sie mit aufgenommen. Aber die Vertiefung, wo man sich vielleicht einen wissenschaftlichen Rat erhoffen könnte, wo man auch merkt, dass da vertieft nachgedacht wurde, auch weil Sie dafür mehr Zeit haben als Leute, die in der Politik tätig sind, die Frage, wie man an diese beiden Faktoren herangeht, da vermisste ich, dass Sie zu dem Thema Ostdeutschland fast nichts sagen. Ich bin ganz überzeugt davon, wenn es uns nicht gelingt, diese regionale Schwäche zu überwinden, wird es auf lange Zeit nicht möglich sein, die Wachstumsschwäche der Gesamtwirtschaft zu überwinden. Das ist die Bitte, weil die reine Konjunkturbeobachtung nicht mehr diese Funktion hat, die sie früher einmal hatte, dass Sie sich bei Ihrer Arbeitsplanung auch ein Stück mit solchen Fragen beschäftigen. Ich weiß nicht, ob ich jetzt eine Antwort erwarten kann, aber vielleicht gibt es eine Anmerkung.

Vorsitzende Christine Scheel: Ich möchte Ihnen natürlich die Chance für Anmerkungen geben. Aber wir haben um 16.00 Uhr im Plenum eine aktuelle Stunde. Deshalb vielleicht kurz. Ich fange bei Herrn Dr. Ludwig an und gehe dann durch. Herr Messer war direkt angesprochen.

Sv Dr. Ludwig (IWH): Ich denke schon, dass wir Dinge darlegen, über die wir tiefer nachgedacht haben. Ich würde es aber jetzt nicht ausbauen. Nur auf einen Punkt, den Sie angemerkt haben und zu dem Sie uns sozusagen den Auftrag gegeben haben, möchte ich kommen: Wir haben jahrelang in der Gemeinschaftsdiagnose nicht über Ostdeutschland berichtet und haben jetzt das erste Mal wieder ausführlicher etwas dazu gesagt. Da steht schon einiges drin, was das Ergebnis eines tieferen Nachdenkens ist. Aber ich würde Ihre Bemerkung gern so aufgreifen, dass wir diesen Punkt öfters weiter behandeln sollten.

Vorsitzende Christine Scheel: Herr Messer, Sie waren direkt angesprochen. Und Herr Dr. Vesper, wenn Sie noch wünschen.

Sv Messer (DIW): Ich würde Ihnen zustimmen, Herr Spiller. Vielleicht nicht der Charakter, aber die Schwerpunkte haben sich verändert. Die erste Gemeinschaftsdiagnose gab es 1950 - hieß damals noch anders. Da ging es um ein halbes Jahr. Schwerpunkte waren damals auch Versorgungsengpässe und, und, und. Insofern haben Sie völlig Recht. Tiefer kann man in diese Thematik jetzt nicht einsteigen, weil die Zeit weg ist. Ich möchte die Gelegenheit für

den Vorstand nutzen, Ihnen, Frau Scheel, meine Damen und Herren, zu danken, dass wir heute mit Ihnen diskutieren konnten.

Vorsitzende Christine Scheel: Herzlichen Dank. Das war ein schönes Schlusswort. Ich danke Ihnen.

Ende: 15.50 Uhr